

Bezugsspreise: Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Zahlung um 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, sechsmonatlich 42,00 Mark, jährlich 78,00 Mark. Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Zahlung um 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, sechsmonatlich 42,00 Mark, jährlich 78,00 Mark.

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Anzeigenpreises: Die 6 Spalten 34 mm breite Zeile kostet 1 Pfennig, die 4 Spalten 34 mm breite Zeile kostet 1 Pfennig, die 2 Spalten 34 mm breite Zeile kostet 1 Pfennig.

511. und 512. Jahrgang.

Nr. 180.

Halle, Dienstag den 10. April 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Ein Raubversuch.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der Wiedergutmachungsausschuss hat, durch eine mündliche Mitteilung an die deutsche Kriegsalienationskommission, die Reichsregierung aufgefordert, die gesamten Goldbestände der Reichsbank nach dem 1. Mai in das besetzte Gebiet überzuführen zu lassen. Das Gold, so wird erklärt, soll als eine der „Sicherheiten“ dafür dienen, daß Deutschland nach dem 1. Mai seine Verpflichtungen erfüllt.

Damit ist das Annehmen zur Tatsache geworden, das schon vor einem Monat, als die Reparationskommission eine Milliarde Goldmark als Abschlagszahlung forderte, von der französischen Presse empfohlen ward. Warum Deutschland, selbst wenn es zur Zahlung einer bestimmten Summe noch vor dem 1. Mai verpflichtet wäre, weder in Pflicht, noch selbst das Recht habe, seinen Goldschatz auszuhebeln, ist schon damals auseinandergelegt worden. Reichsbankgold ist Privatigentum; und seine Verbandsbeschränkung, am wenigsten der Wiedergutmachungsausschuss, ist belanglos, bestimmte deutsche Werte als Teilzahlung eines als Sicherheit zu beschlagnehmenden Schlimmer jedoch als die Aufhebung, die von der Reparationskommission beabsichtigt wird, ist die Tatsache der Forderung, und schlimmer als die Forderung selbst sind ihre Gründe.

Der Wiedergutmachungsausschuss spricht von Sicherheiten. Das Gold soll nicht nach Paris, sondern nach Köln oder Koblenz gebracht werden, die deutsche Regierung soll sich verpflichten, ohne Zustimmung der Reparationskommission über das Zahlungsmittel „nicht zu verfügen“. Das Gold soll also nicht enteignet, sondern nur in Verwahrung genommen werden; es soll eine der „Sicherheiten“ sein, von denen nach dem Briand gesprochen wurde. Die Entziehung zweier Jahre hat Deutschland geleistet, was von solcher Rücksichtlosigkeit zu halten ist. Es ist kaum etwas anderes als offener Raub, wenn die Reichsregierung ausdrücklich verpflichtet werden soll, über das Gold, sobald es einmal in die Hände der Gegner gelangt ist, „nicht zu verfügen“. Mit dem Augenblick der Ueberführung würde der Goldschatz nicht unter Aufsicht, sondern in den Händen der Verbandsmächte, tatsächlich wohl in den Besitz Frankreichs gelangt sein. Die Anweisungen wären einer der Griffe, mit denen sich Frankreich auf unmittelbare Art „besetzt“ zu machen gedenkt; das Annehmen als solches kennzeichnet bereits den Uebergang vom Verhandlungs- über das Druck- zum 4. Uebertragungsstadium.

Wir sagten, das schlimmste an der ganzen Aktion seien ihre Gründe. Denn was kann Frankreich mit dem Verlust des Deutsche Reichs seines Goldschatzes herabzu, taufschichtigen? Als Mittel, das Reich geügend zu machen, ist der deutsche Wertschatz zerstörende Goldraub ungenutzbar, die Wirkung würde außer jenem Verfall des Reichs zum Ertrag. Die französische Forderung ist mit einer vergleichsweise so geringen Summe ebenfalls nicht zu lindern. Das weiß man und um die Witzmittel, als die Reparationskommission plötzlich eine Milliarde forderte, handelte man auch danach. Damals wurde das Verlangen von der Welt und in der Gemüthsheit gefeiert, daß es nicht erfüllt werde. Deutschland sollte seine Unfähigkeit zur fruchtbarsten Erfüllung des Friedensvertrages, auf den es sich berufen hatte, bekennen müssen, und die Forderung vor dem Beschlag am 1. Mai sollte auf seine neuen Vorschläge wirken.

Diesmal aber will Frankreich den Gegenstand der Drohung beschlagnehmen, sich das Druckmittel also entäußern. Daraus kann man nur schließen, daß ihm an der Anerkennung einer noch so hohen Schuldenmenge weniger liegt als an der greifbaren, wenn auch viel geringeren Beute; daß es, um es noch genauer zu sagen, mit dem deutschen Gold seine Kriegskosten zahlen will.

Veränderungen würden durch einen Goldraub gewiß nicht eintreten, die „Sicherheiten“ für die deutsche Zahlungsbereitschaft würde sich, statt größer zu werden, entsprechend verringern, und dem französischen Finanzminister wäre mit der einen Milliarde gewiß nicht geholfen. Wohl aber würde Frankreich vorerst aus der Verlegenheit kommen, in die sie jetzt, als sich zeigte, daß Deutschland „Wiederkehr“ des neu zu besetzenden deutschen Gebietes kaum mehr als die Kosten der noch eingehenden zwei Truppenjargänge einbringen würde. Die Kriegskosten sollen mit dem deutschen Gold bezahlt werden; weitgenügend was das die tatsächliche Wirkung der Beschlagnahme. Da England und Amerika deutsche Vorschläge zu hören, zu verhandeln und zwar noch vor oder nach dem 1. Mai zu verhandeln wünschen, ist es nicht anzunehmen, daß sie den französischen Versuch, den Verhandlungen durch einen von Deutschland bezogenen Uebertragungsstadium zuzugewinnen, unterstützen werden.

Die Reparationsfrage.

„Vormärts“ und „Freiheit“ veröffentlichten Leitfäden über die Reparationsfrage, die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund der Regierung unterbreitet hat. Es werden darin neue Verbindungen über den Wiederaufbau Frankreichs gefordert, die der französischen Regierung, so ist zu erwarten, Mittel aus einer großen internationalen Anleihe solle die Finanzministerien Frankreichs und Belgiens geliehen werden. In Anbetracht der Beschlüsse des internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam solle ein internationales Reparationsorgan geschaffen werden, dem das Studium der internationalen Organisation und die allgemeine und innere Anleihe der Wiederaufbaufrage als Hauptauftrag sei. Der eigentliche Wiederaufbau solle unter Beteiligung deutscher Arbeitskräfte geschehen.

Die deutsche Delegation ist gestern vor der Reparationskommission zur Frage der Uebertragung der

in den Währungen der einzelnen alliierten Staaten ausgedrückten Schadensbeträge in Goldmark gehört worden. Sie hat die Auffassung vertreten, daß für alle Schadensgruppen die Uebertragung über den amerikanischen Dollar unter Zustimmung des gegenwärtigen Wechselkurses zu erfolgen habe. Bezüglich der von Deutschland zu erhaltenden Kriegsanleihen nahme die deutsche Delegation dahin Stellung, daß die Reparationskommission bis zum 1. Mai auch deren Betrag festzusetzen, in Goldmark umzurechnen und in die Gesamtsumme der Reparationsforderung einzubeziehen habe. Nach dem „New York Herald“ hat die Reparationskommission am Sonnabend von der deutschen Delegation die erste Besichtigung empfangen, daß die 4 Millionen Schätzungen, wonach Deutschland bereits 20 Milliarden in bar und Naturalien gezahlt habe, nicht richtig sei. Nach den Schätzungen der Kommission hätte Deutschland an die Alliierten 2 153 845 Millionen Tonne Waren geliefert, wogegen Deutschland nur 1 400 000 Tonne geliefert hat. Deutschland habe jetzt die Mehrzahl der Reparationsanforderungen anerkannt, daß es betriebe, er, daß diese 2 153 845 Tonne nur einen Wert von 455 699 300 M. in Gold darstellten. Von deutscher Seite wird der Wert dreifach mehr angegeben, so hoch eingeschätzt.

Amerika zur Vermittlung bereit.

Nach einem Privattelegraphen aus Washington teilt Hughes im Senatsauschuß mit, daß die Präsidenten zur Vermittlung bereit sei, jedoch erst nach Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland. In einem vom Reutersbüro verbreiteten Mitteilungsheft heißt es: Was die wiederholten Gerüchte über eine geplante Vermittlung anbelangt, so sind keine solchen Angebote der britischen Regierung mitgeteilt worden. Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß wenn Deutschland ein vernünftiges Angebot vor hat, seine Notwendigkeit für eine Vermittlung besteht. In jedem Falle wird nachdrücklich hervorgehoben, daß nach Ansicht der britischen Regierung diese Frage unmittelbar zwischen Deutschland und den Alliierten erörtert werden müsse und daß erwartet wird, daß Deutschland den ersten Schritt tut.

Das preussische Regierungsproblem noch ungeklärt.

In parlamentarischen Kreisen verläutete gestern Abend, daß der preussische Ministerpräsident Stegerwald seinen Posten und damit seine Ausübung der Regierungsbildung in die Hände des Landtages zurückgeben würde. Seine letzte Komplikation war ein Gesundheitsminister, das aus drei politischen Richtungen und vier Parteien bestanden sollte. Bei der grundsätzlichen Regierung des Sozialdemokraten, in jedes andere Kabinett, das nicht eines der alten Koalitionen ist, einzutreten, war nach der geringen Spielraum vorhanden, eine Ministerregierung, die von Zentrum und Demokraten geführt, aber von Volkspartei und Volkshilfswirtschaften mit unterstützt würde, vorhanden. Stegerwald wollte das Präsidium und sein altes Volkshilfswirtschaften übernehmen. Der Justizminister von Zehnhoff und der demokratische Handelsminister Fischel sollten bleiben. Daneben wurden als Besitze in Aussicht genommen: für das Innere Oberbürgermeister Dr. Euter (Essen), für die Landwirtschaft Staatssekretär Dr. Warmbold, für die Finanzen Graf Rodern und für das Kultusministerium Staatssekretär Weder. Vorher hatte man auch mit Dr. Dreves für das Innere verhandelt, der jedoch ablehnte. Nach sonst war erfolglos mit verschiedenen herangezogenen Beamten verhandelt worden. Als Uebergangsmittel hätte zweifellos ein solches Kabinett gelten können, wenn die Sozialisten nicht auf unüberwindliche Opposition bargelegt hätten, die es überhaupt kein Programm bargelegt hat. Da die Rechte einem solchen Ministerium kaum sicher die Unterstützung verweigern würde, wenn es ein ausführendes republikanisches Programm vertritt, so wäre es unmöglich, ein Ministerium zu bilden, lediglich damit es einmal vor das Parlament tritt und dann erfolglos wieder geht. Bei dieser Haltung der Sozialdemokraten blieb der demokratische Partei nichts anderes übrig, als ihre Mitwirkung zu verweigern. Sie beland sich dabei in vollem Einklang mit dem Handelsminister Fischel. Dem „A. Z.“ zufolge verweist Stegerwald jetzt ein neues Beamtenministerium zu bilden. Nach einer anderen Version, die die „A. Z.“ wiedergibt, seien Verhandlungen im Gange, ein Kabinett auf der Grundlage der alten Regierungsbildung herzustellen. Die Aussicht einer Wiederkehr der alten Koalition wird von dem Blatt als günstig bezeichnet.

Die Besetzung der Kaiserin.

Der Zug mit der Leiche der Kaiserin traf gestern 8,40 Uhr in Antwerpen ein. Er hielt außerhalb des Bahnhofes. Die Menge entlang der Eisenbahn, sowie das ganze Gebäude waren von Tausenden von Zuschauern besetzt. Die Polizei litt einen unangenehm in Ordnungsbüro aufrecht zu erhalten. Alle Zugänge waren von Gendarmen besetzt, und nur einige Erlaubten erließen, sich dem Zuge zu nähern. Der deutche Konful Dr. Jasser legte einen großen Kranz im Antwerpen nieder. Unter dem Kranz fanden sich auch der Generalprokurator des Justizministeriums in Antwerpen. Der Zug fuhr um 9 Uhr in Richtung auf Brüssel weiter. An der Halde, über die die Schienen führen, wurde der Leichenzug, als der Zug nach dem mit Blumen beworfen. Um 10 Uhr passierte der Zug die belgisch-deutsche Grenze und zwar mit einigen Minuten Verspätung und erreichte Brüssel, wo er den zugewandten Zuschauern

durch drei Güterzüge entropen wurde. Der Bahnhof wurde von Polizisten und Gendarmen abgeperrt. Die Gendarmen trugen große Uniformen und trugen den Helm eines Majors. Niemand verließ den Zug. Der deutsche Konsulhof wurde durch einen Anstreich und die Leiche den Zug weiter nach Brüssel, dem ersten Ort auf belgischem Boden. Ein Teil der Eisenbahnbesetzer begleitete ebenfalls den Zug. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen. Alles ging in größter Ruhe vor sich.

Der Sonderzug mit der Leiche der verstorbenen Kaiserin traf gestern nachmittag kurz vor 5 Uhr in Hannover ein und wurde nach einem Aufenthalt von 15 Minuten, während dessen einige von Privatpersonen herbeigekommene Kranzpenden überreicht wurden, die Fahrt nach Braunschweig fort. Ein Braunschweiger traf den Zug um 8,20 Uhr auf dem Bahnhof ein, wo Braunschweiger Kranzpenden als der Zug in dem Bahnhof einlief, letzte das Gelände der Glocke des Domes und der in der Nähe des Bahnhofs befindlichen Johannestirche sowie bei Marienkirche ein, das anordnete, bis der Zug den Bahnhof wieder verlassen hatte. Der Aufenthalt vor dem Bahnhof. Nach einem Aufenthalt von 10 Minuten ging der Zug über Helmstedt und Magdeburg weiter.

Das Eintreffen in Potsdam.

Der Sonderzug mit dem Sarge der verstorbenen Kaiserin Auguste Viktoria traf um 10,30 Uhr auf der ehemaligen Hofstation Wildpark ein. Auf dem Bahnhof hatten sich eingekleidet die Kaiserin Kronprinzessin, die Prinzessin Cecilie Friedriche und Auguste Wilhelm mit ihren Gemahlinnen, Gräfin von Rappin, die Gemahlin des Prinzen Adolf, der Hausminister Graf v. Cullenburg und die frühere Deutscherin Gräfin von Brodowski. Führt v. Spitzberg, Reichsminister der Kaiserin, gelitete die Begleitenden in den Zug, wo sie lange Zeit verweilten. In dem mit Zierarbeiten versehenen Sonderwagen, wo der Sarg der Kaiserin lag, lagten die Kränze und Blumenpenden nieder. Am Fußende des Sarges lag der Kranz des früheren Kaisers aus gelben Rosen. Rings umher hängten sich die Blumenpenden, die während der Fahrt der toten Kaiserin auf den Bahnhöfen gesendet worden waren.

Die Beisetzung.

Die feierliche Beisetzung ist heute vormittag in dem zum Mausoleum bestimmten Wäldchen Tempel beim neuen Palast erfolgt. General v. Weyershausen war der Leiter der Beisetzung und sein Kommando leitete. Das Wetter war schön, wenn auch kühl. Um 9 Uhr waren die anwesenden Mitglieder der früheren königlichen Familie, zahlreiche kirchliche Gäste, die ehemalige Umgebung des Kaisers und der Kaiserin und andere Würdenträger auf der Wildparkstation versammelt. Unter Glockengeläut bewegte sich dann der feierliche Trauerzug durch die lauliche Menge und wußten einem Spalier von Schülern, Studenten, patriotischen Berlinern und Offizieren der früheren Armee und Marine nach dem zur Trauerkapelle hergerichteten Tempel, wo der Sarg aufgebahrt wurde. Die vier anwesenden Söhne der Kaiserin hatten die Ehrenwache übernommen. Die Trauerrede hielt Döhring (precher) in Gegenwart der Kaiserin 126. Eine mit Kranzen besetzt werden mit Kranzen ernannt. Eine unerschütterliche Menge von Kranzen war schon vor der Feier eingetroffen. Es wurden nach der Feier von den beteiligten Anordnungen im Mausoleum niedergelegt.

Die Konferenz der Ernährungsminister.

Die Konferenz der Ernährungsminister, die gestern in Bremen unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermanns zusammengetreten ist, beschloß sich eingehend mit der

Wirtschaftsberichterstattung.

Die Aussprache ergab Uebereinstimmung darüber, daß die bisherige Form der Berichterstattung nicht aufrecht erhalten werden kann. Als Ergebnis der Verhandlungen über die neuen Wege, die nimmermehr zu beschreiten sind, ist folgendes festzustellen: Die Konferenz ist in ihrer weitläufigen Ueberwiegenden Mehrheit grundsätzlich der Meinung, daß die Erstellung von Milch und Butter im Wege des öffentlichen Zwanges möglichst bald rektlos aufgehoben werden. Zur Entscheidung, der Mittel sollen die Länder mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, eine einheitliche Uebertragungsmöglichkeit werden, auf Grund vorangehender Verhandlungen, mit den etwa beteiligten Nachbarländern besondere Bewirtschaftungsbestimmungen zu erlassen. Die bisherigen Bewirtschaftungsbestimmungen sollen dabei aufrechterhalten werden. Die bisherigen Bestimmungen für den Verbrauch von Milch in den gewerblichen Betrieben einschließlich der Gastwirtschaften sollen weiter in Geltung bleiben. Den Kommunalbehörden und Gemeinden v. bleibt die Berechnung, im Interesse der gleichmäßigen Verteilung, um ihres Verbrauchs und die Verteilung der Milch innerhalb ihres Bezirks zu regeln. Einmütig wird beklagt, daß ausländerische Butter und ausländische Milch bald die Einfuhr freigegeben sind. Die Konferenz beschloß sich dann mit der Frage der Aufhebung der Verbodungen zur

Regelung des Fremdenverkehrs.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vom 22. Juli 1918, betreffend den Zugang von ausländischen Personen und zur Flüchtlingen, haben die meisten Landesregierungen in Bremen Beschlüsse gefasst, die den Fremdenverkehr zu verweigern. Die Bestimmungen sollen durch die Landesregierungen, die Beschränkung und der Zugang ausländischer Personen in der Zeitdauer aber in anderer Weise beschränkt

Wird. Es wird vorgeschlagen, die maßgebende Verordnung vom 23. Juli 1919 zu fassen. In der Disposition wurde von lebendigen Staaten darauf hingewiesen, daß auch heute noch insofern erhebliche Mängel vorhanden sind, als die Fremden vielfach ein zur Sittlichkeit und Umgebung höchst unangenehmes Aussehen zur Schau tragen. Der Reichsdirektor für Ernährung und Landwirtschaft empfiehlt gegen ein solches auch von ihm gemißbilligtes Verhalten der Fremden ein Einschreiten auf Grund land-wirtschaftlicher Bestimmungen und stellt fest, daß die Konferenz mit der Aufhebung der Beschlüsse der Reichsverordnung ein erster Schritt sei.

Schließlich beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Aufhebung der auf dem Gebiet der Fleischerordnung aus der Zeit des Krieges noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Da die Voraussetzungen, die damals zu dem Erlass der Verordnungen führten, in vielen Fällen nicht mehr bestehen, soll zum Teil ihre Aufhebung erfolgen.

Ein Untersuchungsausschuß im Preussischen Landtag.

89 Mitglieder des Landtages haben gemäß Artikel 25 der preussischen Verfassung beantragt, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Ursachen, den Umfang und die Wirkungen des kommunistischen Agitationskampfes in Mitteldeutschland feststellt und die Maßnahmen der Staatsbehörden zu dessen Bekämpfung einer Nachprüfung unterzieht. Das Merkmal ist, daß die 89 Antragsteller den beiden Parteien der Rechten angehören. Das bedeutet einen vollkommenen Umkehrpunkt in den Anschauungen dieser Parteien. Die Deutschnationalen (sowohl wie die Deutsche Volkspartei) haben sich in der Nationalversammlung gegen den parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Kriegstragerei erklärt und auch gegen ihn gestimmt, als der neu zusammengesetzte Reichstag ihn beschließen wollte. Die Ablehnung wurde letzterzeit damit begründet, daß Parlamentarier als Parteimitglieder nicht unparteiisch urteilen könnten.

Beamtenfragen im Preussischen Landtage.

Die demokratischen Abgeordneten Klingl, Herrmann und Hoff haben die viele Lehrer, feldärztlichen, Ausführungsausschüsse nach der am nächsten folgenden Verabschiedung der Beschlüsse der Aufsichtsstellen der Gruppe 2 bei Lehrern, die nach dem 1. April 1920 bis jetzt in den Ruhestand nicht über getreten sind, nicht in Frage kommt, zum Gegenstand einer weiteren Anfrage gemacht. In einer weiteren kleinen Anfrage erfragen die Abgeordneten Kimpel, Wislow, Madenjun, Hoff und Herrmann um löbliche Mitteilung, wieviel nicht im Beamtenverhältnis stehende Angestellte in planmäßigen Beamtenstellen beschäftigt werden. Entlich nehmen sich die demokratischen Abgeordneten, Dr. Wendhoff der Altpräsidenten der Lehrer, Preussische Beamten-Staatsentscheidungsbehörde an, deren Beschlüsse vom Reich nicht aufgehoben worden sind, obwohl, weil es sich preussischen Altpräsidenten gegenüber dazu nicht für verpflichtet hält.

Der Prozeß gegen die Siegessäulen-Antitäter.

Von dem Sondergericht in Moabit begann gestern vormittag die Verhandlung gegen elf Angeklagte wegen des bekannten Attentates auf die Siegessäule. Bei Eintritt in die Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß ein Zusammenhang des Anschlages gegen die Siegessäule mit der Unternehmung gegen Max Höls zu bestehen scheint, daß gegen den letzteren aber die Anklage noch nicht erhoben worden ist. Die Verteidigung bestritt zunächst die Anklage des Sondergerichts, weil dieser

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“
Mittwoch, 21. April. Inhalt: Das geheimnisvolle Schicksal. Roman von Steffen (Schluß). — Die Affäre. Von Hans Bauer. — Tabak-Methoden. — Stefan der Erlösung. Von Paul Berglar-Schäfer. — Schach.

Die Dauer des menschlichen Lebens.

Von
Dr. H. v. Süssenguth.
(Nachdruck verboten.)

Der gesunde Mensch hat das volle Recht, auf eine gemäßigtere Lebensdauer zu rechnen. Denn was die Kräfte betrifft, so ist die Natur dem menschlichen Körper ursprünglich verliehen, die konnte jeder haben, ein Hundertjähriger, insofar er älter zu werden. Das ist richtig, ist es aber in der Wirklichkeit nicht. Menschen haben die in diesen Tagen veröffentlichten eingehenden Studien eines Mediziners, Prof. Winder, sehr beachtenswerte Tatsachen über die Lebensdauer des Menschen ergeben. Doch zum Glück, und das ist gleich vorweg bemerkt, haben wir gleichwohl keine Ursache, wenn auch die Natur den Menschen dafür für eine mehr als hundertjährige Leben — nach den genannten Forschungen sogar bis zu 200 Jahren! — bestimmt hat. Es gibt, wie Winder nachweist, ein Naturgesetz, nach dem die normale Lebensdauer eines Säuglings, und der Mensch ist ja das höchst entwickelte aller Säugetiere, mit dem Zeitraum, den sein Körperwachstum umfaßt, in einem ganz bestimmten Verhältnis steht. Nach diesem Gesetz müßte der Mensch, dessen Wachstumsdauer etwa 22 Jahre beträgt, ein Alter von 100 bis 150 Jahren zu erreichen fähig sein. Doch es erwidert sich, daß es zu diesem in allen Kulturländern der Erde Hundertjährige und ältere Menschen gibt — im Jahre 1885 wurden die Hundertjährigen Europas auf 3006 geschätzt — aber ebenso genau wissen wir auch, daß die Degeneration des menschlichen Körpers nur in den seltensten Fällen diesem Naturgesetz entspricht. Immerhin darf man nicht vergessen, daß manche heute wirklich sehr alt werden, daß es, wie zahlreiche Beispiele aus der Geschichte zeigen, tatsächlich Menschen gegeben hat, die mehr als 180 Jahre alt geworden sind. Solche Fälle sind ja, wie gesagt, außergewöhnlich, aber sie beweisen doch, daß die Natur den Körper für eine viel längere Lebensdauer eingerichtet hat, als wir gemeinlich annehmen, und daß er infolgedessen die Höchstgrenze des Lebens erreichen kann, wenn sein Körper vor längerer Krankheit und sonstiger äußerer Gefahr bewahrt bleibt.

Wenn man den Stand der medizinischen Wissenschaft vor 3000 Jahren mit unserer neuesten Kenntnis vergleicht, so kommt wohl unmissverständlich fast jedem der Gedanke, daß in der alten Zeit, die so wenig medizinische Hilfsmittel ge-

brauchte, die Lebensdauer wohl noch größer gewesen wäre. Der Einwand würde vom Gericht zurückgewiesen. Dieser stellte sich bei der ganzen Sache um die Arbeit des Volkes, der unter dem Namen Fern in mehreren Versammlungen eine Rolle gespielt habe. Dieser Fern sei ein gewisser Franz Kramer, der im März in Halle verhaftet worden sei. Sein Gehörte bei seiner Spitzeltätigkeit sei ein gewisser Payer gewesen. Diese beiden hätten, um die Politik des Verräters des Hönig zu rechtfertigen und um den preussischen Minister des Innern Seering einen Anlaß zu weiteren Verfolgungen zu geben, die Seltsamkeiten in der Geschichte eines gewissen Seering's haben nicht bestritten, denn die Täuschung sei von den Angeklagten nicht vorbereitet worden, daß eine Explosion schon gar nicht erfolgt hätte. Vor der Befehlshaber über den Verhaftungsantrag wurde in der Vernehmung der Angeklagten eingetreten.

Deutsches Reich.

Der Reichstag „und der Hallesche Bürgerbund“ in Nr. 177 der „Saale-Zeitung“ hat um eine Verhängungsbefehl des Verlegers der „Halleschen Zeitung“ eingetragenen, der mit der Erklärung entnehme, daß der preussische Adler am Kopfe der „Halleschen Zeitung“ in den preussischen Novembertagen 1918 nicht vorkommen worden ist, daß die Kettentafeln am Hauptbahnhofe nicht in den preussischen Novembertagen 1918, sondern erst im Mai 1919 dort angebracht wurden und daß auf diesen Tafeln nicht „Schlatternd: Angli“ die Adler ohne Krone und mit gelben Schwingen dargestellt worden sind, sondern weil diese Form als Sinnbild dem dänischen Vortage landesgemäß entspricht. Wir haben um so weniger Bedenken, um dieser Mitteilung wegen keinen Kenntnis zu geben, als der betreffende Satz uns recht nebenächlich erscheint und die „Hallesche Zeitung“ im übrigen gegen die weit reicheren Ausführungen unseres Artikels keine Einwendungen erhebt. Sollte sich etwa Herr h. b. mit seinem Vorstoß gegen den Bürgerbund ebenso mit seinem Verlage in Differenzen befinden, wie mit der Anweisung des Unterstaatssekretärs gelegentlich des Haensch-Beschlusses?

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Reichstages soll am Dienstag nachmittag zusammenkommen. Die Tagesordnung lautet: Auswärtige Lage. Die Verhandlungen des Ausschusses sind vertraulich, doch kann kein Zweifel bestehen, daß die Verhandlungen sich im wesentlichen über den Stand der Wiedergutmachungsfrage drehen werden. Man nimmt an, daß die Regierung in der Lage sein wird, bereits Erklärung zu abgeben zu können.

Die Sitzungen des Preussischen Landtages werden heute Dienstag, mit Rücksicht auf die Belegung der Ratskammer erst um 2 Uhr beginnen; auf die Tagesordnung sind nur keine Gegenstände gesetzt. Ein Antrag der Reichspartei, die Sitzung ausfallen zu lassen, wurde im Reichsterrat abgelehnt.

Die Tagesordnung der Mittwochsitzung des Reichstages ist insofern abgeändert worden, daß an ihre erste Stelle eine Interpellation der Unabhängigen über die auswärtige Politik gesetzt worden ist. In dieser Interpellation wird angefragt, welche Maßnahmen die Reichsregierung zu ergreifen gedenkt, um die zwischen ihr und der Entente entstandenen Differenzen wegen der Reparationsforderungen auszugleichen. Weiter wird angefragt, ob sich die Reichsregierung die Wiedergutmachungspläne zu eigen machen will, die am 4. April in Antwerpen von den Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratie in Frankreich, England und Dänemark entworfen worden sind oder um Auslieferung an den Internationalen Genesungsbund anzufragen.

Die Fortschritte der Hamburger Fischerei. Der Hamburger Hauptfischereikommissioner hielt seine diesjährige Generalversammlung unter Vorsitz des Fischereidirektors Duge ab. Dieser betonte in seinen längerer Ausführungen,

kennt hat, sicherlich auch nur verhältnismäßig wenige Menschen ein hohes Alter erreichen konnten, zumindest weniger Menschen als heute, da uns eine mehr als tausendjährige medizinische Erfahrung ganz andere Behandlungsmöglichkeiten darbietet. Tatsache ist nun, und zwar ganz einwandfrei Tatsache, daß dank der neuesten Forschungen zahllose Menschen, die vor 2000 Jahren an ihrer Krankheit zugrunde gegangen wären, heute geheilt werden können und damit dem Leben erhalten bleiben; aber ihnen besondere Kräfte für eine längere Lebensdauer zu verleihen, das vermag auch die fortschrittlichste Wissenschaft bis jetzt nicht. Wir mühen uns damit begnügen, daß ein Mensch von 25 Jahren — natürlich im Durchschnitt — um volle 15 Jahre mehr Lebenserwartung haben kann, als der Säugling im ersten Wappensalter der Fäule und schließlich der Mensch eben doch nicht geworden im Laufe der Zeiten. Im Gegenteil; der in alten Schriften bis zum Greisenalter gelangte, war fast immer ein kräftiger Greis. Der moderne Mensch dagegen, der unterstützt von Arzt und fortwährender Pflege das gleiche Alter erreicht, ist gewöhnlich alles eher als kräftig, wenigstens es natürlich auch hier Ausnahmen gibt.

Sehr wichtig und deshalb vor allem zu erwähnen ist jedoch die vordringlichste bedeutungsvolle Kunst der modernen medizinischen Wissenschaft, nämlich die Verhütung und Bekämpfung der großen Epidemien, die in früheren Zeiten immer wieder die Erde verheert haben. Und dadurch werden wirklich ungezählte Menschenleben erhalten, die in früheren Jahrhunderten — man denke nur an das häufige Miasmensterben im Verlauf der mittelalterlichen Pestepidemien — unrettbar verloren waren. Die neueste Wissenschaft ist aber zweifellos imstande, die mittlere Lebensdauer des Menschen zu verlängern. Doch auch diese Wissenschaft darf uns nicht täuschen, weil auf der anderen Seite eine traurige Tatsache steht: die bitterste Erkenntnis, daß trotz unzähliger bestehenden großen Fortschritten unserer Medizin noch immer jeder gesunde Mensch an Tuberkulose und jeder gesunde an Krebs zugrunde geht, daß mehr denn je Gesundheitsstrahlen mit ihren schrecklichen Folgeerscheinungen im Volk wüten und viele, viele unserer Kinder an Malaria, der bösen englischen Krankheit leiden.

Der Gesundheitsfrage unserer Menschheit verbanden mit jedoch auch noch einen lebensgefährlichen — freilich aber wieder nicht lebensverändernden — Faktor. Es ist die weitestgehende Verminderung der Kindersterblichkeit. Einem Vaterkinder der Stadt Genf, das seit 400 Jahren geblüht wird, konnte man mit Hilfe eingehender Berechnungen entnehmen, daß im Jahre 1550 der neugeborene Mensch nur eine Lebenserwartung von 22 Jahren erwarten dürfte. Das war die Durchschnittszahl, aber eben auf der hohen Kindersterblichkeit beruhte. Im Jahre 1885 war dann die Lebenserwartung

daß die Fischerei jetzt erfreuliche Fortschritte zeigte, die im wesentlichen darauf zurückzuführen seien, daß der Fischhandel und die Fischindustrie von den Fischen der Zwangswirtschaft endlich befreit seien.

Auslands-Rundschau.

Trois nimmt ab. Die in München anlässigen Deutsch-Fischererger und Trolzer hielten gestern eine stark besuchte Versammlung ab, in der u. a. erklärt wurde, die Wiener Regierung stehe an sich dem Anschluß dankbar nicht besonders sparsamig gegenüber, aber die Bevölkerung der österreichischen Länder verlange die Zustimmung. Trolze sei schon öfter in der Geschichte auch dieses Mal voran. Die Entente verleihe die Zustimmung, aber wir lassen sie uns nicht beirren! Das war die Parole, mit der die Versammelten auseinandergingen.

Sport der „Saale-Zeitung“.

Handball am Sonntag.
B. 1. L. Halle 96 Damen spielen in Dessau gegen Sportverein 93 20; B. 1. L. Halle 56 Herren gegen 1. Sportverein Jena 02; Halle hier Hohenl. bei der in Weimar gegen den Sportklub 11.

Der gestrige Sonntag war für die hiesigen Hohenporeine nicht gerade ein Tag des Erfolges. Die größte Überladung leistete sich der

Saaleische Hohenklub, der in Merseburg gegen den Sportverein 99 mit nicht weniger als 0:4 verlor. Halle hatte zu diesem Spiele nicht seine volle Mannschaft mit herüberkommen, hierer aber auch sonst kein neues Spiel, was man von der U. hätte erwarten können. Im Gegenab hier zu Merseburg trat auf dem Böden und mehr leicht im Angriff. Sie konnten dann auch schließlich mit 4:0 den Sieg erringen. Trotz der schweren Gegenstände konnte Halle noch einmal die Ehre retten, da dem Sturm gegen Hohenl. nicht gelang. Die zweite Mannschaft Halle verlor ebenfalls gegen die H. des Sportverein 99. Der laute Hauch des Tages, sogar 0:8.
Ehrenvoller schlug sich der
B. 1. L. Halle 96.

Halle mit Ertrag für Rechtsanwaltschaft und rechten Käufer mußte so

Trag Continental-Regenmantel mit Continental-Regenschuh. Neueste Formen — für Damen, Herren, Kinder — tadelloser stehend — in allen einschlägigen Geschäften.
So gut wie Continental-Reifen.

des Säuglings schon auf 40 1/2 Jahre gestiegen, infolge der Tatsache, daß im 19. Jahrhundert von 100 Neugeborenen im ersten Lebensjahr nur mehr 12 starben, während im 18. Jahrhundert die Zahl jeder Sterbefälle noch 26 betragen hatte. Im höheren Lebensalter finden wir leider keine so erfreulichen Zahlen mehr. In einem Zeitraum, der doch ein tägliches Glück mehrzähliger Fortschritte gebracht hat, nämlich innerhalb der Jahre 1876 bis 1900, stieg z. B. die durchschnittliche Lebenserwartung eines fünfjährigen Berliner nur von 17, 29 auf 17, 67 Jahre. Und das ist im Grunde genommen recht wenig. Natürlich bedeutet es aber auch wieder eine viel längere Lebensdauer, als sie ein etwa im frühen Mittelalter lebender Mensch erwarten durfte; denn damals betrug die mittlere Lebensdauer des Menschen nur 17 bis 18 Jahre, je nachdem er die Sterblichkeit.

So ganz sicher übrigens dürfen wir nicht ausrechnen, denn Lebensdauer, nach einer allerdings schon im Jahre 1854 ausgeführten Berechnung, im Durchschnitt 36 bis 40 Jahre beträgt, und, was unsere Fortschritte betrifft, auch nicht wissen, da gelegentlich auch bei uns Zustände eintreten können, die uns erstarren und damit unsere Lebensdauer wieder recht zu vermindern. Es ist eine alte Geschichte, daß man aus der Zahl der gefundenen Gebeine eines Landes auf seine Kultur schließen kann, wie man denn auch beispielsweise bei den wilden Völkern nur aus deren wirklich hochsteigende Menschen antrifft. Die Sterblichkeit der einzelnen Länder der Erde verraten gewöhnlich ihre Kultur wie überhaupt die menschlichen Wissenschaften. Daher überläßt es kaum zu hören, daß Rußland die höchste Sterblichkeit besitzt (wie hoch sie liegt ist, ist überhaupt noch nicht festzustellen), indem auf ein Tausend der Bevölkerung 29,4 Sterbefälle kommen, während Deutschland 18 und Norwegen die letzte Zahl, nämlich 13,6 aufweist.

Die größte Lebenserwartung bezieht sich auf die Säuglinge, ungeachtet der bereits genannten Verminderung der Sterblichkeitszahl, und noch bis zum fünften Lebensjahre besteht immer eine ernste Gefahr des jungen Lebens durch Krankheiten aller Art. Im Alter von 5 bis zu 14 Jahren zeigt sich aber dann dafür die größte Lebenserwartung des ganzen D.a.s. Späterhin ist auch je mehr vermindert, und im 6. Lebensjahre an sich nur wiederum mit einer gewissen Todesgefahr zu rechnen, weil gerade in diesem Jahre für den Menschen eine gefährliche Veranlassung zu haben scheint. Wer auch diese „Menschen“ der Natur überläßt, kann sehr wohl auf seine Wiederankunft warten, erst das 84. Jahre zeigt für manche Menschen wieder ein „Art „Kreuzungsstation“ darzustellen. Letzt aber endlich zu diesem Jahr hinter dem Menschen, so hat er auch die Aussicht eine noch weit vor ihm liegende Altershöchstgrenze und mit wirklich die seinem Körper von der Natur ursprünglich bestimmte Lebensdauer und mehr Jahre zu erreichen.